



**Europäische
Bewegung
Deutschland**

Politische Forderungen 2019/20

Europäisch denken, demokratisch handeln und regieren!

Beschluss der EBD-Mitgliederversammlung am 24. Juni 2019 – Kurzfassung

Die Europäischen Werte und Grundrechte achten | Die Europäische Union und ihre Institutionen müssen sich, ebenso wie mitglieders- und nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure, stärker und gezielt für die Wahrung und Förderung der europäischen Werte und Grundrechte in den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten einsetzen. Bei Beitrittsverhandlungen sollen daher vorrangig die Kapitel zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verhandelt werden. Notfalls sind Beitrittsgespräche einzufrieren. Im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen sollte es Raum für finanzielle Sanktionen geben, die an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft sind.

Europäische Demokratie und Parlamentarismus stärken | Das Europäische Parlament muss als einziges direkt gewählte EU-Organ das Zentrum für parlamentarische demokratische Gesetzgebung sein und mit einem Initiativrecht ausgestattet werden. Innerhalb Deutschlands sollen sich Regierungen von Bund und Ländern für eine

Stärkung von „Demokratie im Kleinen“ einsetzen, die das Verständnis für und die Einbindung in die Politik auf allen Ebenen stärkt. Die Bundesregierung soll im Verbund mit möglichst vielen Mitgliedstaaten Reforminitiativen für die Demokratie der EU initiieren und die breite gesellschaftliche Diskussion fördern. Die EU-Institutionen sollen ein kohärentes EU-Wahlsystem mit transnationalen Listen einführen.

Pluralismus europaweit stärken | Die Bundesregierung und die EU-Institutionen müssen entschlossen die pluralistische Demokratie auf allen Ebenen fördern, anti-europäische Desinformationen enttarnen und bekämpfen. Zur Stärkung des Medienpluralismus und der Medienqualität muss ein unabhängiger Förderfond für investigativen Journalismus eingerichtet werden. Unabhängige öffentlich-rechtliche Medien sollen europaweit über eine gemein-

same Plattform Nachrichten-, Bildungs- und Dokumentationsangebote entwickeln und anbieten.

Europäisches Bewusstsein stärken – Jugend beteiligen, Europa bilden | Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen müssen in allen Mitgliedstaaten gleichberechtigte Bildungschancen garantiert werden. Beim EU-Gesetzgebungsverfahren sollte Jugendbeteiligung, etwa in Form der EU-Jugendkonferenz, verbindlich gemacht werden. Der Europarat muss als Institution gestärkt und unterstützt werden, sein Budget für die Jugendabteilung sollte um 10% erhöht werden.

Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen | Die EU muss bei der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern wieder treibende Kraft werden und die EU-Spitzenpositionen geschlechtergerecht besetzen.

Mehr zur EBD-Politik:

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2019-20/>

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/arbeitschwerpunkte/>

Die EU muss darauf hinwirken, dass die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung von Frauen und Männern von den Mitgliedstaaten auch in die Realität umgesetzt werden. Zusätzlich sollte eine Gleichstellungsstrategie 2020-2030 für Menschen mit Behinderung entwickelt werden, um den Diskriminierungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten zu verbessern.

Soziale und wirtschaftliche Angleichung stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit | Wachstum muss nachhaltig gestaltet werden, notwendige Strukturreformen und Investitionen in Bildung, Forschung und soziale Infrastruktur sind notwendig. Die Jugendarbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen. Im Rahmen der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sind EU-weite Mindestsicherungsstandards einzuführen, um die soziale Kohäsion und Angleichung nach oben („Aufwärtskonvergenz“) zu stärken.

Haushalt an gesamteuropäischen Prioritäten bürgernah ausrichten | Der EU-Haushalt muss transparent und für die Öffentlichkeit erkennbar an den gesamteuropäischen Prioritäten ausgerichtet sein und künftig einen Demokratie-Bonus enthalten. Um die Finanzkraft des Mehrjährigen Finanzrahmens zu stärken und Chancengerechtigkeit innerhalb der EU voranzutreiben, sollte er auf über 1% des Bruttonationaleinkommens aufgestockt werden. Die Nettozahler-Debatte sollte dabei keine Rolle spielen.

Migration und Integration – Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtenden helfen | Für die Bekämpfung von Fluchtursachen muss die gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit um eine verstärkte Koordination von Migrations- mit Außen- und Sicherheitspolitik erweitert werden. Handels- und Agrarpolitik müssen fair sein. Politisch

Verfolgten muss eine sichere Einreise nach Europa möglich sein. Umfassende Solidarität und einheitliche menschenwürdige Standards bei der Aufnahme sowie der Ausbau legaler Einwanderungswege sind ein Muss.

Für den Abbau von Grenzen innerhalb Europas | Das dauerhafte Auslösen von Schengen muss unterbunden werden, Grenzkontrollen im Schengen-Raum sind einzustellen. Zugleich müssen die Schengen-Außengrenzen besser geschützt werden. Dazu müssen die Kompetenzen von EUROPOL weiterentwickelt und FRONTEX zu einer gemeinsamen Grenzschutzpolizei ausgebaut werden. Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Irland müssen zeitnah in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Der Beitrittsprozess mit den südosteuropäischen Ländern ist stärker voranzutreiben.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken | Europäische Außenpolitik muss weiter von Multilateralismus, Verhandlungslösungen und der Geltung des Völkerrechts bestimmt werden. Im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft soll die Bundesregierung alle Möglichkeiten der Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausloten und angehen. Sie soll sich für Mehrheitsentscheidungen im Rat der Außenministerinnen und -minister einsetzen.

Für einen Binnenmarkt der Zukunft | Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Investitionen schaffen. Die Lage in ökonomisch zurückfallenden Ländern muss verbessert und Jugendarbeitslosigkeit weiter abgebaut werden. Global muss sich die EU dafür einsetzen, die multilaterale Handelsordnung zu stärken und Freihandelsabkommen demokratisch und modern zu gestalten.

EU-Politiken fit machen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaabkommens | Die Europäische Kommission muss eine Umsetzungsstrategie mit Zeitplanung, Zielen und konkreten Maßnahmen zur Einhaltung der Agenda 2030 in allen Politikbereichen der EU vorlegen und Nachhaltigkeit als übergreifendes und prioritäres Leitprinzip einhalten. Die EU-Institutionen müssen ihrer Vorreiterrolle gerecht werden, indem sie eine CO₂-Bepreisung einführen und CO₂-Neutralität bis 2050 erreichen.

Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit | Europäische Gesetzgebung in der Gemeinschaftsmethode muss im Sinne einer modernen pluralistischen Demokratie gestärkt und transparent gestaltet werden. Die EU-Institutionen sollten öffentlich dokumentieren, inwieweit über alle Phasen hinweg nationale und europäische Interessen gehört und ob und wie Gemeinwohlinteressen berücksichtigt wurden. Es sollte gesetzlich klar geregelt werden, wann ein Trilogverfahren nötig ist.

Für eine moderne deutsche Europapolitik | Deutsche Europapolitik muss verlässlich handeln und parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden. Die deutsche Europakoordination darf nicht vom Ressortprinzip oder von parteipolitischen Egoismus beeinflusst werden, sondern bedarf einer zentralen europapolitischen Governanceeinheit. Eine moderne deutsche Diplomatie sollte ihre Expertise zu allen europäischen Partnerländern in die innenpolitische Debatte einbringen. Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen und repräsentativen Verbänden und Vereinen müssen gemeinsam mit Expertinnen und Experten in die Gestaltung deutscher Europapolitik eingebunden werden.